

Organspende: Spahns Vorstoß spaltet Union

Medizin Der Gesundheitsminister will, dass künftig jeder als Spender gilt, der nicht ausdrücklich widerspricht. *Von Norbert Walleit*

Der Vorstoß von Bundesgesundheitsminister Jens Spahn (CDU), eine Widerspruchsregelung bei Organspenden einzuführen, hat eine heftige politische Debatte entfacht. Bei einer Widerspruchslösung gälte jeder Bürger automatisch als Organspender, außer er widerspricht ausdrücklich. Heute gilt in Deutschland die Zustimmungslösung: Wer als Organspender zur Verfügung steht, muss diese Bereitschaft deutlich machen, etwa durch einen Spendenausweis.

Während aus der SPD viel Zustimmung zu dem Vorschlag Spahns kommt, spaltet er die Unionsfraktion. Deren gesundheitspolitische Sprecherin Karin Maag reagierte verärgert: „Wir machen unseren eigenen Gesetzentwurf mit einer Debatte kaputt, die viel zu früh kommt.“ Die Stuttgarter Bundestagsabgeordnete verweist darauf, dass Spahn selbst gerade einen Entwurf vorgelegt hat, der darauf abzielt, praktische Probleme in Kliniken zu lösen, etwa durch die Stärkung der Transplantationsbeauftragten. „Der freiheitliche Staat darf keine Entscheidungspflichten schaffen, die eine Widerspruchslösung zwangsläufig nach sich zieht“, sagte Maag. Diese würde „noch mehr Ängste wecken und das Vertrauen in die Organspende senken“. Auch der CSU-Gesundheitspolitiker Stephan Pilsinger warnte, die Widerspruchsregelung treffe auf „enorme Ängste und Vorbehalte in der Bevölkerung, löst aber kein Problem“. Man solle nicht den zweiten vor dem ersten Schritt tun. Pilsinger verweist auf Schweden, wo die Widerspruchsregelung zu keinem Erfolg geführt habe. Dagegen lobte Fraktionsvize Georg Nüsslein Spahns Vorstoß. Er sehe „diesmal die Chance, dafür eine Mehrheit im Parlament zu finden“.

Die SPD würde dem wohl nicht entgegenstehen. Deren stellvertretender Fraktionschef Karl Lauterbach nannte die langen Wartezeiten auf Spenderorgane „eine medizinische Tragödie“ und „eine unhaltbare Situation“. Die Widerspruchslösung sei eine „notwendige Bedingung für einen Durchbruch bei der Organspende“. Auch die gesundheitspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion Sabine Dittmer nannte es „legitim, dass sich jeder Einzelne mit dem Thema auseinandersetzt und im Falle einer Ablehnung diese dokumentiert“.

Aus den Reihen der Opposition kam Kritik. Die FDP-Abgeordnete Christine Aschenberg-Dugnus sagte, die Widerspruchslösung „missachtet das Selbstbestimmungsrecht der Bürger“. Die grüne Parlamentarierin Katja Dörner warnte davor, die Widerspruchslösung „vorschnell zum Allheilmittel zu erklären“. Zunächst sollten „dringend die bestehenden Defizite in den Kliniken“ behoben werden.

Scharfe Kritik äußerte die Deutsche Stiftung Patientenschutz. Deren Vorsitzender Eugen Brysch sagte, bis heute sei das Transplantationssystem „die staatlich organisierte Verantwortungslosigkeit“. Statt dies zu ändern, setze Spahn „die Axt an den Grundrechten“ an.

– Mehr Organe braucht das Land SEITE 2

© Die inhaltlichen Rechte bleiben dem Verlag vorbehalten. Nutzung der journalistischen Inhalte ist ausschließlich zu eigenen, nichtkommerziellen Zwecken erlaubt.